

# Newsletter aus Brüssel

27.11.2015, Ausgabe 9  
IG Metall Verbindungsbüro



## Inhalt

- EU-Kommission präsentiert TTIP-Reformen
- Für eine sozialere Digitale Agenda in Europa
- Stahlgewerkschaften demonstrieren für den Erhalt ihrer Branche
- Neues EU-System der Emissionsmessungen bei KFZ
- Keine Zeit für "Business as usual"
- Tarifautonomie gefährdet

---

## EU-Kommission präsentiert TTIP-Reformen

**Die EU-Kommission veröffentlichte am 12. November 2015 ihren finalen Vorschlag für ein alternatives Modell zum Investitionsschutz in TTIP. Zuvor hatte sie am 6. November 2015 ein neues Konzept zum Schutz von Normen in den Bereichen Arbeit und Umwelt vorgestellt.**

Mit einer Reform des Investitionsschutz im Rahmen der geplanten Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) hat die EU-Kommission auf die massive Kritik am Modell der Schiedsgerichte reagiert. Ihr Vorschlag für ein System der Investitionsgerichte, das die Kommission am 12. November 2015 den US-amerikanischen Verhandlungspartnern vorlegte, basiert auf der Resolution zu TTIP des Europäischen Parlaments sowie Stellungnahmen der EU-Mitgliedstaaten. Außerdem greift es die Ergebnisse einer öffentlichen Konsultation zum Investitionsschutz auf. Das System der Investitionsgerichte soll mehr demokratische Prinzipien und öffentliche Kontrolle garantieren. Die Kommission schlägt dafür ein Gericht erster Instanz und ein Berufungsgericht vor.

Am 6. November hatte die Kommission bereits einen maßgeblichen Änderungsvorschlag ihres bisherigen TTIP-Textentwurfs präsentiert. Darin geht es um die Erweiterung des Textes um ein Kapitel zu Handel und nachhaltiger Entwicklung. Das neu vorgeschlagene Kapitel bezieht sich vor allem auf die Bereiche Arbeitsrecht und Umweltschutz. Die Kommission bekräftigt darin alle Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) und fordert die USA auf, diese vollständig zu ratifizieren. Bislang haben die USA u.a. die IAO-Sozialstandards zur Vereinigungsfreiheit von ArbeitnehmerInnen und ihr Recht auf Kollektivverhandlungen nicht unterzeichnet. Darüber hinaus fordert die Kommission in ihrem Vorschlag von den Vertragspartnern Verpflichtungen zum Gesundheitsschutz und zur Sicherheit am Arbeitsplatz sowie die Förderung des Sozialen Dialogs im Innern und auf transatlantischer Ebene. Das vorgeschlagene Nachhaltigkeitskapitel ist Teil der von EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström ausgerufenen neuen

handelspolitischen Strategie, mit der die Kommission auf die TTIP-Gegner zugehen und für mehr Transparenz der Verhandlungen sorgen will. Gleichzeitig mit dem neuen Textentwurf veröffentlichte die Kommission ebenfalls einen ausführlichen Bericht über die jüngste, elfte TTIP-Verhandlungsrunde. Über das Thema Investorenschutz war dort nicht beraten worden.

Die IG Metall fordert weiterhin den Ausschluss des so genannten Investorenschutzes und damit den Ausschluss von Schiedsgerichtsverfahren. Außerdem ist die IG Metall der Ansicht, dass durch TTIP die in Europa selbstverständlichen Arbeitnehmerrechte auch in den USA zur Regel werden sollten. Alle Kernarbeitsnormen der IAO müssen im Rahmen des TTIP durch die USA vollständig anerkannt werden. Nach Einschätzung der IG Metall ist eine Einigung der TTIP-Verhandlungspartner in weite Ferne gerückt. Auch mit Blick auf den beginnenden Präsidentschaftswahlkampf in den USA wird sich ein Vertragsabschluss weiter verzögern.

- [Vorschlag der EU-Kommission zur Reform des TTIP-Investitionsschutzes](#)
- [Vorschlag der EU-Kommission für ein TTIP-Kapitel über Handel und nachhaltige Entwicklung](#)
- [Bericht der EU-Kommission über die elfte TTIP-Verhandlungsrunde](#)
- [TTIP-Entschließung des EU-Parlaments](#)

---

## Für eine sozialere Digitale Agenda in Europa

**Der Ausschuss für Beschäftigung im Europäischen Parlament hat am 10. November 2015 mit großer Mehrheit eine Stellungnahme zu einem Initiativbericht verabschiedet, die die Verankerung von sozialen Standards bei der Digitalisierung des Europäischen Binnenmarktes fordert. Die IG Metall begrüßte die Initiative.**

Die Europaabgeordneten des Beschäftigungsausschusses machen sich stark für eine soziale Dimension in der bislang sehr technischen Strategie für eine Digitalisierung des EU-Binnenmarktes, die die Kommission im Mai 2015 vorgeschlagen hatte. In ihrer Stellungnahme vom 10. November 2015 machen die Abgeordneten darauf aufmerksam, dass die neue Digitalisierungsstrategie zwar Chancen für Innovation, Wachstum und Beschäftigung bieten werde, doch dass die bereits begonnene digitale Revolution den gesamten Europäischen Arbeitsmarkt fundamental verändern, neue Jobprofile schaffen und bisherige Tätigkeitsfelder umgestalten oder gar abschaffen wird. Daher sei es von großer Bedeutung, den Lauf der digitalen Revolution in eine sozial gerechte und nachhaltige Richtung zu lenken. Die Mitglieder des Beschäftigungsausschusses fordern spezifische Maßnahmen, die sich an den sozialen Herausforderungen der technologischen Entwicklungen und der neuen Beschäftigungsformen, wie z.B. dem Crowdworking, orientieren. Die für die Stellungnahme zuständige deutsche Abgeordnete Jutta Steinruck (SPD) betonte: "Wir müssen darauf achten, dass bisher geltende Standards hinsichtlich sozialer Absicherung, Arbeitszeit, Mitbestimmung und Arbeitsschutz, Koalitionsfreiheit weiterhin – auch für neue Beschäftigungsformen – gelten." Gemeinsam mit den Sozialpartnern müsse die Aus- und Weiterbildung digitaler ausgerichtet werden. Lebenslanges Lernen sei dabei ein zentrales Element. Die Forderungen werden nun in den federführenden Ausschüssen (Industrie und Binnenmarkt) zur Diskussion gestellt und müssen anschließend noch im Plenum des EU-Parlamentes eine Mehrheit finden. Die Abstimmung im Plenum wird voraussichtlich im Januar 2016 stattfinden.

Am 27. Oktober 2015 hatte das Plenum bereits einem zentralen Element der Strategie für den Digitalen Binnenmarkt zugestimmt. Das verabschiedete "Telekom-Paket" soll den Zugang zu einem "offenen Internet" ermöglichen und sieht die Abschaffung der Roaming-

Gebühren für Mobilfunk ab dem 15. Juni 2017 vor.

Die IG Metall begrüßt den Vorstoß des Beschäftigungsausschusses in Richtung einer sozialeren Digitalen Agenda der EU. Es müsse verhindert werden, dass im Zuge der Digitalisierung der industriellen Arbeitswelt Formen arbeits- und sozialrechtlich ungeschützter Arbeit – und gar eine Art "digitales Tagelöhnertum" entstehen. Die IG Metall engagiert sich daher an der betrieblichen und politischen Gestaltung der sich stark verändernden Industriearbeit.

- [Vorschlag einer Strategie für einen digitalen Binnenmarkt für Europa der EU-Kommission](#)
  - [Stellungnahme des Beschäftigungsausschusses des EU-Parlaments](#)
  - [Pressemitteilung des EU-Parlaments zur Annahme des „Telekom-Paketes“](#)
  - [Broschüre Digitalisierung der Industriearbeit der IG Metall](#)
- 

## **Stahlgewerkschaften demonstrieren für den Erhalt ihrer Branche**

**Der europäische Gewerkschaftsdachverband industriAll Europe sowie britische, belgische und französische Gewerkschaften organisierten am 9. November 2015 eine Kundgebung in Brüssel, um auf die Krise der Stahlindustrie in Europa aufmerksam zu machen.**

Anlässlich eines Sondertreffens der EU-Wirtschaftsminister in Brüssel zur Lage der Europäischen Stahlindustrie forderten GewerkschafterInnen mehrerer europäischer Länder sofortige Maßnahmen zum Erhalt der Stahlindustrie in Europa. Nach Angaben von industriAll sind europaweit rund 330.000 Stahlarbeitsplätze bedroht, seit 2008 hat die Branche bereits 85.000 Arbeitsplätze verloren. Besonders verheerend sei die Situation in Großbritannien. Innerhalb weniger Wochen verloren dort 5.000 Stahlarbeiter ihre Jobs. Die Branche leidet vor allem unter den unfairen Wettbewerbsbedingungen beim EU-Import von staatlich subventioniertem Stahl aus China und den hohen Energiepreisen.

- [Pressemitteilung industriAll Europe](#)
  - [Pressemitteilung des Rates der EU](#)
- 

## **Neues EU-System der Emissionsmessungen bei KFZ**

**Das für die technische Regulierung für Kraftfahrzeuge zuständige EU-Gremium hat am 28. Oktober 2015 ein reformiertes System zur Messung von Abgaswerten beschlossen. Manipulationen der Testergebnisse sollen damit in Zukunft verhindert werden.**

Der technische Ausschuss für Kraftfahrzeuge (TCMV), in dem EU-Kommission und Mitgliedstaaten technische Regulierungen für KFZ diskutieren und beschließen, verabschiedete am 28. Oktober 2015 ein zweites Paket zur Emissionsprüfung unter realen Fahrbedingungen (Real-Driving Emissions – RDE). Ab dem 1. September 2017 müssen neue Kraftfahrzeugmodelle die neuen RDE-Testverfahren bestehen, bevor sie auf dem EU-Binnenmarkt zugelassen werden. Derzeit werden die Emissionswerte anhand von Labormessungen geprüft. Dieses Testverfahren war nach Ausbruch des VW-Skandals

verstärkt in die Kritik geraten. Das neue Prüfsystem, das die Labormessungen ergänzt, soll mögliche Manipulationen durch illegale Software oder andere Einrichtungen zur Fälschung der Abgaswerte in Zukunft verhindern. Zurzeit übersteigen die Werte von Stickoxiden bei Dieselfahrzeugen unter realen Straßenbedingungen die Werte der Labormessungen durchschnittlich um 400%. Mit der neuen Regelung dürfen die RDE-Werte ab September 2017 nur noch um 110% höher als im Labor sein, ab dem Jahr 2020 nur 50%.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission](#)
- 

## Keine Zeit für "Business as usual"

**Am 27. Oktober 2015 hat die Europäische Kommission ihr neues Jahresarbeitsprogramm veröffentlicht. Die IG Metall fordert Erweiterung des bisherigen Investitionsplans.**

Unter dem Motto "Jetzt ist nicht die Zeit für Business as usual" hat die Juncker-Kommission ihre geplanten Initiativen für 2016 im Rahmen ihres zweiten Arbeitsprogrammes vorgestellt. Das EU-Gremium plant unter anderem eine Europäische Agenda für neue Kompetenzen, Rechtsvorschriften zur Kreislaufwirtschaft, Vorschläge für Gesetzespakete zur Energieunion sowie zur Mobilität von Arbeitskräften, die Umsetzung der Strategie für einen digitalen Binnenmarkt und Initiativen zur besseren Steuerung der Migration. Insgesamt will sie 23 neue Initiativen auf den Weg bringen, aber auch 20 Vorschläge zurückziehen und 28 Gesetzesakte aufheben. Weitere 27 Akte sollen auf ihre Zweckmäßigkeit überprüft und gegebenenfalls überholt werden. Als Leitstern aller anvisierten Maßnahmen fungiert die Liste mit den 10 politischen Prioritäten, die sich die Juncker-Kommission zu Beginn ihrer Legislatur zum Ziel gesetzt hatte. Der Erste Kommissions-Vizepräsident Frans Timmermans erklärte: "Vor einem Jahr hat die Kommission einen Neustart unternommen und versprochen, sich auf die großen Fragen zu konzentrieren, bei denen die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass Europa etwas bewegt. Heute unternehmen wir die nächsten Schritte zur Verwirklichung dieser politischen Prioritäten."

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) begrüßt insbesondere die Vorhaben der Kommission, eine Agenda für neue Kompetenzen auf den Weg zu bringen und die europäische Migrationspolitik zu verbessern. Positiv bewertet wird außerdem die geplante "Säule sozialer Rechte": Im Rahmen dieser neuen Initiative will die Kommission gemeinsame soziale Grundsätze für mehr Konvergenz von Beschäftigung und Sozialschutz formulieren. Kritisch bewertet der EGB u.a., dass die Kommission in ihrem Arbeitsprogramm kein Vorhaben gegen prekäre Beschäftigung sowie keine Folgeinitiative für die 2016 auslaufende Jugendgarantie aufführt. Auch fehle die Formulierung konkreter Maßnahmen zur Schaffung qualitativer Jobs im Zuge der Agenda für neue Kompetenzen. Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und Mitglied der EGB-Exekutive, äußerte sich enttäuscht darüber, dass im Arbeitsprogramm der Kommission keine Rede ist von einer Erweiterung ihrer bisherigen Investitionsoffensive. "Die Kommission hat mit ihrem Juncker-Plan einen ersten Schritt in die richtige Richtung getan für eine Konjunkturbelebung. Doch für nachhaltiges Wachstum der europäischen Wirtschaft und mehr Beschäftigung reicht der bisherige Investitionsplan bei weitem nicht aus. Die IG Metall fordert daher eine signifikante Aufstockung der öffentlichen Mittel auf europäischer Ebene."

- [Das Arbeitsprogramm 2016 der Kommission](#)
- [Die 10 Prioritäten der Kommission](#)

## Tarifautonomie gefährdet

**Die EU-Kommission hat am 21. Oktober 2015 vorgeschlagen, dass "nationale Ausschüsse für Wettbewerbsfähigkeit" in allen Euro-Mitgliedstaaten die wirtschaftspolitische Entwicklung begutachten sollen – einschließlich der Lohnpolitik. Die IG Metall kritisiert diese Pläne scharf.**

Ausgehend vom "Bericht der fünf Präsidenten" von Europäischem Parlament, Europäischer Kommission, Rat, Eurogruppe und EZB zur Stärkung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, empfiehlt die EU-Kommission, nationale "Wettbewerbsräte" in den Euro-Ländern einzurichten. Diese Ausschüsse sollen die Wirtschaftspolitiken in der EU "koordinieren" und "ökonomische Ungleichgewichte" verhindern. Mit vorgeblich "unabhängigen Experten" besetzt würden sie politische Empfehlungen u.a. zu Lohnkosten und Lohnentwicklung abgeben können. Gewerkschaften sehen darin einen Angriff auf die Tarifautonomie der Sozialpartner und fürchten Lohnsenkung und Sozialabbau. Der DGB fordert Bundeskanzlerin Angela Merkel in einem Brief dazu auf, den Vorschlag der Kommission zurückzuweisen und zu verdeutlichen, dass Deutschland einen solchen Ausschuss nicht einrichten wird. Bereits im Juli hatten DGB und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) in einem gemeinsamen Schreiben an Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker dieses Vorhaben als unzulässigen Eingriff in die verfassungsrechtlich garantierte Tarifautonomie zurückgewiesen. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB), der über 90 Gewerkschaftsverbände in 39 Ländern repräsentiert, setzt sich mit einem Brief an die Kommission für die Zurücknahme des Vorschlages ein. Nationale Wettbewerbsräte seien nicht vereinbar mit den EU-Verträgen und Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation, so Luca Visentini, EGB-Generalsekretär. Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und Mitglied der EGB-Exekutive stellte klar: "Derartigen Gremien zur Überwachung der Lohnentwicklung mangelt es an jeglicher demokratischer Legitimierung. Außerdem ist der wirtschaftspolitische Fokus der Kommission viel zu einseitig. Europas Wirtschaft leidet nicht unter zu hohen Löhnen, sondern unter mangelnden Investitionen." Die IG Metall wird sich auf nationaler und europäischer Ebene dafür einsetzen, dass die Empfehlung der Kommission ad acta gelegt wird.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission](#)
- [Der "Bericht der fünf Präsidenten"](#)

---

Herausgeber: IG Metall Vorstand  
V.i.S.d.P.: Wolfgang Lemb  
Verbindungsbüro Brüssel *EU Liaison Office*  
International Trade Union House, Boulevard du Roi Albert II, 5, B-1210 Brussels  
Tel: +32 2 218 33-20 E-Mail: [newsletter-bruessel@igmetall.de](mailto:newsletter-bruessel@igmetall.de)



[Newsletter bestellen](#) [Newsletter abbestellen](#)

IG Metall Vorstand